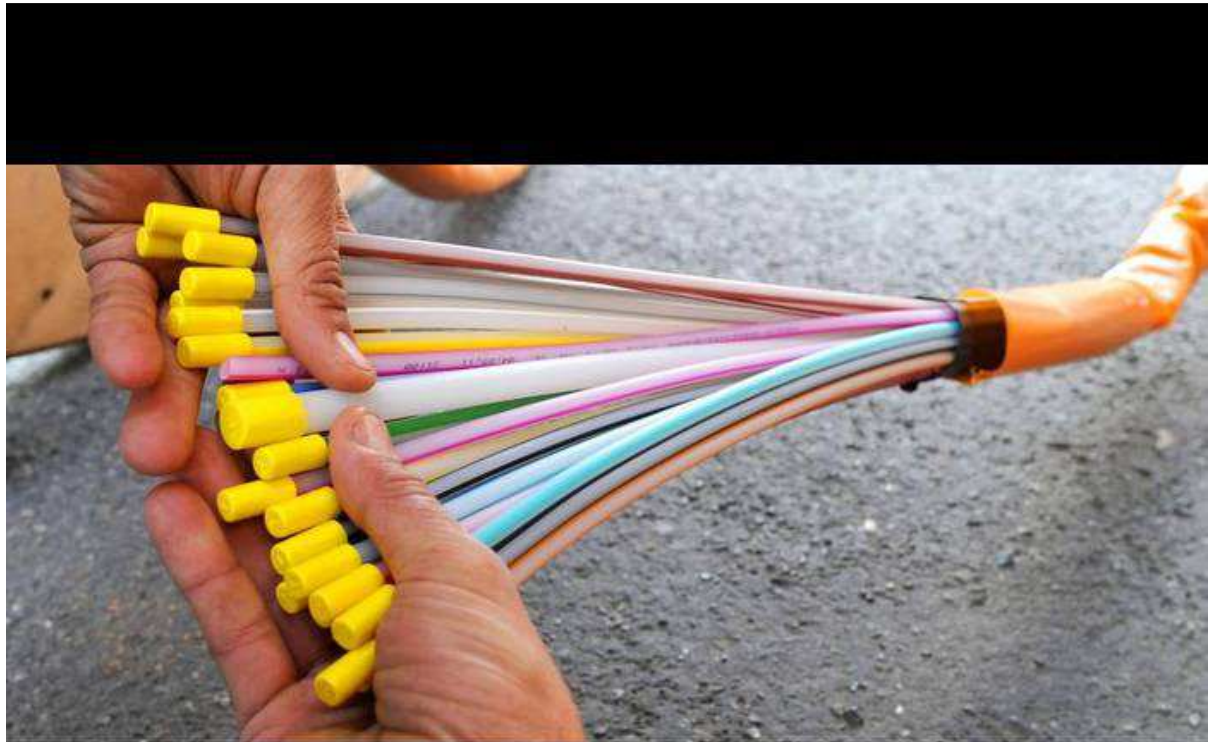


Machbarkeitsstudie für schnelles Internet im Rheingau-Taunus



So sehen Glasfaserkabelstränge aus, die zur Übertragung von schnellem Internet nötig sind. Archivfoto: dpa

Von Hannelore Wiedemann

RHEINGAU-TAUNUS - Hochgeschwindigkeit auf der Datenautobahn – das ist ein zentrales Zukunftsthema. Ob in der Landwirtschaft, dem Weinbau, in der Verwaltung oder in privaten Haushalten – der Bedarf an schneller Übertragung immer größerer Datenmengen steigt im Rheingau-Taunus stark an. Das ist eines der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur „Gigabit-Region“ Rheingau-Taunus, die Landrat Burkhard Albers (SPD) jetzt vorgestellt hat.

Auf Übertragungsraten bis zu 100 MBit wird der Bedarf in privaten Haushalten, auf bis zu 500 MBit in Unternehmen allein in den nächsten fünf Jahren anwachsen, haben die Autoren der Studie – die Firmen Fuventure und Greentech – durch Umfragen ermittelt. Aktuell allerdings sind nur 72 Prozent der Haushalte mit Übertragungsraten von mindestens 50 MBit versorgt; am besten ist die Lage in Kiedrich, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Rüdesheim und Waldems. Besonders schlecht versorgt sind Lorch und Schlangenbad.

Telekom plant Ausbau

Als einziges Unternehmen plant derzeit die Telekom einen Ausbau; dazu verlegt sie Glasfaserkabel bis an die Verteilerstationen. Anschließend sollen etwa 85 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 MBit surfen können. Diese Datengeschwindigkeit werde allerdings höchstens mittelfristig ausreichen, denn schon für Fernsehen via Internet sind höhere Übertragungsraten notwendig.

Und das geht nach derzeitigem technischen Stand nur mit Glasfaserkabel bis zum Haus. Damit sind Leistungen von einem Gigabit und mehr möglich. 2000 Kilometer Glasfaser müssten dafür im Kreis noch verlegt werden – die Gesamtkosten dafür liegen nach Berechnungen der Studie bei rund 146,2 Millionen Euro.

In einem ersten Schritt, so die Empfehlung, sollen 2017 und 2018 zunächst die noch fehlenden Kabelverzweiger angeschlossen werden. Die Kosten für die notwendigen 110 Kilometer Glasfasertrasse beziffert die Studie auf etwa 7,8 Millionen Euro. Bis 2021 könnten in einem zweiten Schritt 6500 Unternehmen und 1500 öffentlichen Liegenschaften, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen mit Glasfaser angebunden werden, wofür weitere 20 Millionen Euro investiert werden müssten. Auf 118 Millionen Euro veranschlagt die Studie die Versorgung der rund 50 000 Wohngebäude, die sich daran anschließen müsste.

Mehr Steuern zu erwarten

Im Gegenzug seien Steuermehreinnahmen zu erwarten, der Ausbau der digitalen Infrastruktur führe zudem zu einem Zuwachs bei Einwohnern und Arbeitsplätzen, mildere die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung ab und beschere den im Kreis ansässigen Unternehmen steigende Gewinne. Die Kernfrage dabei ist freilich, wer diese Investitionen stemmen soll. Vor allem in dünn besiedelten Bereichen ist der Ausbau für Unternehmen kaum rentabel, zumal ein Anschlusszwang derzeit nicht zur Debatte stehe, wie der Landrat betont. Als mögliche Umsetzungsszenarien hat die Studie zwei Modelle identifiziert: Beim sogenannten Betreibermodell würden der Kreis und seine Kommunen den Ausbau selbst finanzieren und das entstehende Netz an einen Betreiber verpachten. Die finanzielle Belastung würde dabei durch Fördermittel des Bundes gemildert. Wie hoch die Belastung für die Kommunen unter dem Strich wäre, bleibt offen; nicht zuletzt weil das Projekt länger angelegt ist als bestehende Förderprogramme.

Während die Autoren der Studie das Modell für grundsätzlich machbar halten und die Gründung eines Zweckverbandes empfehlen, glaubt Albers nicht daran, dass es im Kreis umsetzbar ist. Schließlich seien die Interessenlagen der Kommunen zu unterschiedlich. Schon an der Finanzierung der 142 000 Euro teuren Studie haben sich nur 16 Kommunen beteiligt. Außerdem ist ein solches Modell deutlich komplexer.

Der Landrat favorisiert deshalb das Deckungslücken-Modell, bei dem die privaten Investitionen durch öffentliche Zuschüsse unterstützt werden. Damit allerdings sei ein flächendeckender Ausbau nur schwer machbar; vielmehr bedeute dies einen kleinteiligen Ausbau in einzelnen Ortschaften oder Gewerbegebieten. Auch hier kommt den Zuschüssen von Bundes- oder Landesebene große Bedeutung zu.

Im nächsten Schritt soll nun in einer Lenkungsgruppe gemeinsam mit den Kommunen beraten werden, welche der vorgeschlagenen Modelle grundsätzlich in Frage kommen. Dann könnten konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet werden.

KIEDRICH UND NIEDERNHAUSEN SPITZE

Mit Übertragungsraten von mindestens 50MBit sind derzeit so viele Haushalte versorgt: Aarbergen 83 Prozent, Bad Schwalbach 48 Prozent, Eltville 78 Prozent, Geisenheim 78 Prozent, Heidenrod 50 Prozent, Hohenstein 24 Prozent, Hünstetten 34 Prozent, Idstein 71 Prozent, Kiedrich 97 Prozent, Lorch 8 Prozent, Niedernhausen 97 Prozent, Oestrich-Winkel 94 Prozent, Rüdesheim 94 Prozent, Schlangenbad 34 Prozent, Taunusstein 70 Prozent, Waldems 95 Prozent, Walluf 88 Prozent.